



Manifestation „gruppen-egoistischer Interessen, mit zustimmungsfähiger Rhetorik von sozialer Gleichheit behübscht“.

Foto: AP

Wem dient der freie Hochschulzugang?

Über Sinn und Unsinn der Proteste gegen die Studiengebühren

Christian Fleck*

Die Österreichische Hochschülerschaft kann sich glücklich wähnen, momentan hat sie fast alle auf ihrer Seite. Vom UHBP abwärts hätten es viele begrüßt, wenn die Studiengebühren ersatzlos gestrichen worden wären. Die Befürworter der Abschaffung der Studiengebühren übersehen geflissentlich, dass die von ihnen bevorzugte Maßnahme, nicht bewirken würde, was erreicht werden soll: mehr soziale Fairness im höheren Bildungssystem Österreichs.

Ein Blick auf die soziale Zusammensetzung der Studierenden der letzten Jahrzehnte ist ernüchternd. Der Anteil der Studierenden an den Gleichaltrigen nahm zwar kontinuierlich zu, beträgt aber immer noch nur gerade 23 Prozent, wobei der Anteil bei den Frauen mittlerweile höher liegt als bei den Männern. Jede vierte junge Frau und jeder fünfte junge Mann verbringt einige Zeit seines Lebens als Student. Drei Viertel der Gleichaltrigen nehmen an dieser Veranstaltung aber überhaupt nicht teil.

Die Hälfte der Väter der Studienanfänger des Jahres 1970 hatten selbst keine Matura und bis zum Jahr 2001 stieg dieser Wert nur auf 55 Prozent an. Am Beginn des 21. Jahrhunderts stammten 45 Prozent der Studierenden aus so genannten bildungsnahen Väterhaushalten, während diese nur 22 Prozent der Wohnbevölkerung ausmachen. Im Wintersemester 2005/06 (also vier Jahre nach Einführung der Studiengebühren) ist dieser Anteil unverändert.

Daraus kann man nur den Schluss ziehen, dass die finanzielle Hürde zu keiner Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Studienanfänger geführt hat.

Österreichs Bildungssystem zeichnet sich dadurch aus, dass es mit den Humanressourcen sehr verschwenderisch umgeht. Die Studienabbrucherquote, also der Anteil jener, die zwar mit einem Studium beginnen, aber zu keinem Abschluss gelangen, ist enorm hoch. Bezeichnenderweise gibt es dazu keine aussagekräftigen Statistiken, sondern nur Näherungswerte. Sie deuten alle in die Richtung,

dieser sozialen Gruppe einen höheren Anteil.

Das hat für jene, die schließlich über einen Universitätsabschluss verfügen den willkommenen Nebeneffekt, dass sie sich ihren Erfolg als wohlverdient zurechnen können, während jene, die als Studienabbrucher gescheitert sind, sich die Schuld selber geben müssen. Auf diesem Weg reproduziert sich soziales Klassenbewusstsein.

gungen nicht herum kommen. Einige Hinweise müssen hier genügen.

1. Der vermeintlich freie Hochschulzugang weist die gesamte Verantwortung für den Studienerfolg den Studierenden zu; die Universitäten übernehmen keine Verantwortung für die „Produkte“, die sie herstellen. Will man das ändern, wird man um eine Studienplatzbewirtschaftung nicht herum kommen. Erst dann, wenn die Universitäten genötigt sein werden, von sich aus festzulegen, wie viele Absolventen welcher Studienrichtung sie zu produzieren bereit sind, erst dann werden sie dem Studienerfolg derer, die sie aufnehmen, mehr Aufmerksamkeit widmen. Ein derartiges System muss keineswegs zu einer Verringerung der Gesamtzahl der Studierenden führen.

2. Studierende müssen besser bezahlt werden, das heißt das Stipendiensystem müsste drastisch ausgeweitet werden. Gegenwärtig erhält nicht einmal jeder vierte Studierende ein Stipendium. Ausländische Studienkreditsysteme, wie beispielsweise jenes Englands, können als Vorbild dienen.

3. Wenn diese beiden Bedingungen realisiert sind, spricht auch nichts dagegen, dass Studiengebühren eingehoben werden, ja diese sogar erhöht werden.

4. Schließlich kann man soziale Präferenzquoten erwägen, wo sich Universitäten verpflichten, fähige Studierende aus bildungsfernen Schichten bevorzugt aufzunehmen. In diesem Kontext macht dann auch die Berücksichtigung sozialen Engagements der Studierenden durchaus einen Sinn.

*Der Autor lehrt Soziologie an der Universität Graz.

Christian Fleck: „Die Demonstranten übersehen, dass die von ihnen geforderte Maßnahme genau das nicht bewirken würde, was erreicht werden soll: mehr soziale Fairness im höheren Bildungssystem.“



KOMMENTAR DER ANDEREN

dass nur jeder zweite Studienanfänger es auch zu einem Studienabschluss bringt.

Im Jahr 2004 besaßen nur 11 Prozent der Erwerbsbevölkerung einen Universitätsabschluss.

Es spricht einiges dafür, dass sich die soziale Zusammensetzung der Studienanfänger von derjenigen der Studienanfänger unterscheidet. Die Vermutung, dass Studierende aus bildungsfernen Schichten häufiger ohne Abschluss von den Universitäten abgehen, ist nicht von der Hand zu weisen.

Wenn dem so ist, bedeutet das aber, dass das österreichische Bildungssystem in doppelter Weise sozial selektiv ist:

Es gewährt zwei von drei Jugendlichen aus bildungsfernen Schichten den Zutritt zur Welt der höheren Bildung, verstößt dann aber gerade aus

Will man mehr soziale Fairness erreichen, muss man grundsätzlicher ansetzen. Eine Haltung, die meint, die Abschaffung der Studiengebühren, würde die Universitäten für Kinder aus bildungsfernen Schichten öffnen, setzt sich dem Verdacht aus, gruppenegoistische Interessen mit einer zustimmungsfähigen Rhetorik sozialer Gleichheit zu behübschen.

Zu allererst wäre die soziale Selektivität des Sekundarschulwesens zu ändern. Ob man das nun Gesamtschule nennt oder nicht, ohne höhere Durchlässigkeit auf dieser Ebene wird man auf der darauf aufbauenden keine Veränderung erreichen können.

Um den Zugang zu den Universitäten sozial ausgewogener zu gestalten und um die Absolventenquote zu erhöhen, wird man um eine Neugestaltung der Studienbedin-

HANS RAUSCHER Kanzler zu sein genügt nicht

Gusi wollte ja schon in der Sandkiste Bundeskanzler werden. Für jede Erwähnung dieser Mitteilung seiner Mutter in Leitartikeln und politischen Polemiken einen Euro, und die Studiengebühren können gestrichen werden. Mama Gusenbauer hat das vermutlich metaphorisch oder ironisch gemeint, aber das nutzt nichts, das bleibt an ihrem Sohn noch lange picken. Ebenso wie an ihm picken bleibt, dass er sich von Schüssel über den Tisch ziehen ließ und dass er einen denkbar schlechten Start als Kanzler hatte.



Dieses Image hat sich jetzt verfestigt und es wird seine Zeit brauchen, bis es wieder loszubringen ist, wenn überhaupt. Das Argument, man habe so viele Konzessionen an die ÖVP machen müssen, weil es sonst keinen sozialdemokratischen Kanzler gegeben hätte, hat etwas Kleinmütiges. Die ÖVP (genauer: Schüssel) versuchte zwar, eine Dreierkoalition mit BZÖ und FPÖ zusammenzubringen, aber es war äußerst unwahrscheinlich, dass Strache sich auf so etwas eingelassen hätte.

In einer Minderheitsregierung (zu der an einem bestimmten Zeitpunkt auch der Bundespräsident bereit war, worauf Schüssel eine Rolle rückwärts vollzog) wäre Gusenbauer nicht nur auf die total verwirrten Grünen, sondern eben auch auf Strache angewiesen gewesen. Wie lange wäre das gut gegangen - auch angesichts der jetzigen Enthüllungen über Straches Kriegsspielen im Kreise von Jung-Nazis?

In Wirklichkeit hat das Wahlergebnis keine andere Variante als eben eine große Koalition zugelassen. Nun geht es darum, was die Protagonisten daraus machen: bisher nicht allzu viel. Die Regierungserklärung Gusenbauers hat nichts von dem strukturiert, was seinen früheren Erklärungen nach nun an „großen Themen“ angegangen werden müsste. Kein Konzept zum Umbruch in der Bildung, kein Konzept

zu einer neuen Integrationspolitik, kein Plan zur Bewältigung der Globalisierung. Die überaus erfreuliche Tatsache, dass nun die Einbeziehung von Rechtsradikalen in die Regierung beendet wurde, soll gewürdigt werden, aber davon kann die Nachfolgeregierung nicht ewig zehren.

Es gibt einen Grund, warum der Start dieser Regierung so glanzlos und verem Sohn noch stolpert ausfiel: beide Parteien befinden sich in einer Umbruchphase, die Energien absorbiert. Die ÖVP versucht gerade das sehr konservative Schüssel-Erbe zu lockern: Sie will „offener“ werden. Aber Schüssel sitzt noch an einer zentralen Position.

In der SPÖ versucht der linke, sozialstaatlich orientierte Flügel gerade die Oberhand zu bekommen. Gusenbauer selbst verwendet das Wort „Leistung“ in seiner Rhetorik. Die linken Anspruchsdenker in der SPÖ, von den Jugendorganisationen bis zu wichtigen Landeshauptleuten verstehen darunter eher die Leistung des Staates. Der rüde Ton der Studentendemonstrationen und die Respektlosigkeiten roter Landespolitiker weisen darauf hin, dass sich da jemand die Übernahme der Kanzlerschaft durch die SPÖ ganz anders vorgestellt hat.

Gusenbauer hat inzwischen ein echtes innerparteiliches Autoritätsproblem. Das hatte er zwar vom Zeitpunkt seiner Wahl zum Vorsitzenden an, aber für jemand, der gegen alle Erwartungen den Kanzler geholt hat, wird er ziemlich abwertend behandelt.

Man kann all das unter der Rubrik „Anfangsschwierigkeiten“ abtun. Aber was am Anfang versäumt wurde - eine Richtung vorzugeben, reformatorischen Schwung zu vermitteln -, das lässt sich nur relativ schwer nachholen. Gusenbauer mag in dem verständlichen Gefühl leben, er habe es gegen die billigen Weisheiten auch der eigenen Leute geschafft, Kanzler zu werden.

Aber Kanzler geworden zu sein, genügt nicht.

hans.rauscher@derStandard.at



ERST WENN DAS LETZTE LOCH ZUGEBLASEN, ... DER LETZTE GOTT IN IRGEND EINER ÖFFNUNG VERSCHWUNDEN IST....

DANN, JA DANN ... IST IRGENDWIE AUCH SCHON ALLES EGAL...



Cartoon: Rudi Klein

All that Jazz



Norah Jones ist eine Magierin. Ihre Songs sind Ruhepol in einer hektisch lärmenden Welt. Nach acht Grammys erscheint mit "Not Too Late" ihr drittes Album, für das sie alle Songs selbst komponiert oder zumindest mitgeschrieben hat. Die aparte 27-jährige Sängerin und Pianistin ist zu voller Blüte gereift. Bezaubernd!

Zum Reinklicken, Reinhören und Bestellen.

Euro 17,60 -10% mit Abovorteil

Mehr als 5.000 weitere Jazz-Aufnahmen gibt es im STANDARD-Jazzshop.



derStandard.at/Jazzshop